

Kantonale Mountainbike-Strategie gefordert

Nicht erst seit Corona boomt der Mountainbike- als Breitensport. Damit nimmt aber auch das Konfliktpotenzial mit anderen Nutzergruppen zu. Markus Bonderer (SVP, Sargans) fordert mit 89 Mitunterzeichnern in einer Motion von der Regierung eine Koordinations- und Leaderfunktion in Zusammenhang mit einer MTB-Strategie.

von Hans Bärtsch

Der Flumserberg hat, was das Mountainbiken angeht, eine Pionierfunktion inne. Rund ums Biker-Netzwerk Heidi-land ist der Breitensport auch schon aufs politische Parkett geraten. Diverse Vorstösse forderten in den letzten zwei Jahren, das Potenzial dieses Sports besser zu beachten und ihm Raum zu geben – auch im Sinne einer Chance für die Tourismusgebiete, von denen die wichtigsten im südlichen Kantonsteil liegen.

Zusammen mit den Toggenburger Kantonsräten Martin Sailer (SP) und Andreas Widmer (CVP) als Erst- und 89 Mitunterzeichnern doppelt Markus Bonderer (SVP, Sargans) nun nach. Die vergangenen Monate (aufgrund des Coronavirus) hätten gezeigt, dass das Entwicklungspotenzial des Mountainbike-Breitensports sehr gross sei. Diese Entwicklung werde mittel- und langfristig anhalten. Ein Hauptproblem stelle das zu kleine oder fehlende Angebot dar, insbesondere in Tourismusgebieten und Agglomerationsräumen. Erfahrungen würden zeigen, «dass eine passive Haltung der verschiedenen Staatsebenen oder sogar Verbote keine Lösung seien. Nur ein proaktives und abgestimmtes Handeln seitens des Kantons und der Gemeinden bring nachhaltige Verbesserungen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen.»

Situation droht zu eskalieren

Nutzungskonflikte zwischen den verschiedenen Akteuren, schreiben die Motionäre weiter, seien bereits an der Tagesordnung. Die kantonalen und kommunalen Behörden würden im Umgang mit den MTB-Sportlern eine unterschiedliche Praxis vertreten; und teilweise werde mit unlauteren Mitteln



Immer beliebter: Mountainbiken hat sich zum Breitensport entwickelt, wie hier in Flumserberg – Nutzungskonflikten soll mit einer kantonalen Strategie begegnet werden.

Pressebild

gegen die MTB-Sportler vorgegangen. «Ohne verbindliche Regelung und ohne ein genügend attraktives Angebot droht die Situation zu eskalieren.»

Die Regierung habe in der Beantwortung früherer Interpellationen darauf hingewiesen, dass eine Ausscheidung von Gebieten für MTB und andere Freizeitnutzungen im Rahmen einer Positivplanung ein möglicher Lösungsansatz sein könnte. Auch wenn auf Bundesebene ein entsprechendes Ausführungsgesetz erst in Bearbeitung sei, müsse der Kanton St.Gallen jedoch zeitnah handeln. Die planerischen Instrumente für die Entwicklung und Realisierung von bedürfnisgerechten MTB-Angeboten seien vorhanden. «Der Kanton muss aber seine Koordinations- und Leaderfunktion in der Entwicklung einer MTB-Strategie wahrnehmen», heisst es im gestern eingereichten Vorstoss. Regionen, Ge-

meinden und Dritte seien in diese Strategie miteinzubeziehen. Marktgerechte und nachhaltige Angebote seien bereitzustellen und dabei die Interessen aller Nutzer und Interessensgruppen zu berücksichtigen.

Gesetzesentwurf verlangt

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Gesetzesentwurf vorzulegen und aufzuzeigen, mit welcher Strategie das Mountainbike-Angebot im Kanton St.Gallen nachhaltig weiterentwickelt werden kann. Der Entwurf soll insbesondere

- eine aktuelle Bestandsaufnahme über sämtliche Velo-/Bike-Infrastrukturen im Kanton St.Gallen enthalten;
- darlegen, wie die Regierung zeitnah die federführende Koordination gegenüber den Gemeinden, Grundeigentümern sowie den Anspruchsgruppen wahrnehmen kann;

- aufzeigen, wie andere Nutzergruppen – Forst, Jagd, Landwirtschaft, Erholungssuchende – sowie die Flora und Fauna in die Strategieentwicklung miteinbezogen werden können;
- auflisten, welche Massnahmen und Ressourcen für den Ausbau und Unterhalt eines flächendeckenden, kantonalen MTB-Netzes nötig sind;
- die Auswirkungen einer Positivplanung für die MTB-Struktur auf die bereits bestehenden Angebote beleuchten;
- beschreiben, wie die MTB-Wege und Infrastrukturen unter Berücksichtigung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und unter Einbezug der Nutzer zu finanzieren sind;
- darlegen, wie die Beratung und Information zu den Rechten und Pflichten zum MTB gegenüber sämtlichen Nutzergruppen zu gestalten ist.

Drei Fragen an ...

Markus Bonderer

SVP-Kantonsrat
Sargans



1 Welches sind die MTB-Hotspots im Sarganserland nebst dem Flumserberg? Das Sarganserland mit den angrenzenden Regionen ist grundsätzlich ein Hotspot für Velofahrer und natürlich für Mountainbiker im Speziellen. Nebst dem Flumserberg bieten sich das Pizolgebiet wie auch das Weisstannen- und Taminatal an, um den Radsport auszuüben. Der Flumserberg hat, zusammen mit dem Biker-Netzwerk, sehr wichtige Pionierarbeit geleistet in diesem Bereich.

2 Wo gibt es das grösste Konfliktpotenzial bei uns? Das Konfliktpotenzial ist an allen Orten in etwa dasselbe. Wenn eine weitere Nutzergruppe in einen Bereich kommt, ist es ungewohnt. Veränderungen lösen Widerstände aus. Die Konflikte werden natürlich von beiden Seiten hervorgerufen. Ein rücksichtsloser Biker löst sicherlich Unverständnis aus. Dasselbe geschieht, wenn ein Wanderer seinen Unmut an einem «anständigen» Biker auslässt. Ich bin überzeugt, dass alle Nutzergruppen nebeneinander Platz finden. Unsere Motion wertet nicht im Vorfeld. Wir möchten darauf hinweisen, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, um eine klare Regelung auszuarbeiten, um nicht unschöne Situationen zu provozieren.

3 Wie beurteilen Sie das Nebeneinander von Mountainbikesportlern und anderen Anspruchsgruppen speziell im Sarganserland? Das Sarganserland bietet genügend Platz für alle. Davon bin ich überzeugt. Das positive Nebeneinander der verschiedenen Gruppen kann jedoch gefördert werden, indem man Angebote schafft und wo möglich auch steuert. Ich bin für ein tolerantes Miteinander und sehe die verschiedenen Nutzergruppen als sehr grosse Chance für unsere wunderschöne Region.

Die Fragen stellte Hans Bärtsch.

Zweite Welle: CVP ruft zu Impfung auf

Ist der Kanton St.Gallen bereit für eine zweite Welle? Die CVP nimmt Stellung auf eine Antwort der Regierung – und mahnt dazu, medizinisches Personal impfen zu lassen.

St.Gallen.– In einer Interpellation vom 18.Mai hat die CVP-EVP-Fraktion die St.Galler Regierung angefragt, welche Erkenntnisse mit raschem Handlungsbedarf sie in der ersten Pandemiewelle gewonnen habe, welche Massnahmen für das Gesundheitswesen aufgrund der Covid-19-Pandemie getroffen würden und ob der Kanton bereit für eine allfällige zweite Infektionswelle sei.

In ihrer schriftlichen Antwort vom 23.Juni geht die Regierung ausführlich auf die gestellten Fragen ein. Dies zur Zufriedenheit der Fraktion, wie der Melder CVP-Kantonsrat Thomas Warzinek an der Septembersession gestern Dienstag stellvertretend erklärte. «Wir danken der Regierung für die rasche, die sorgfältige und die selbstkritische Antwort auf unsere Fragen. In diesem Zusammenhang wollen wir der Regierung aber auch explizit allen Mitarbeitenden der verschiedenen Departemente und der weiteren Verwaltung danken für die ausserordentliche Leistungen, die sie im Rahmen der schwe-

ren Pandemiekrise erbracht haben», so Warzinek.

«Beginn der zweiten Welle»

Zum Zeitpunkt der Antwort war von 815 positiv im Kanton getesteten Personen die Rede. Heute sind es aber, so Warzinek, 1409. «In den letzten Monaten sind nur wenige Personen an einer Covid-19-Infektion verstorben. Wir beklagen seit März im Kanton 41 Todesfälle.» Sorge bereite hingegen der zwischenzeitlich klare Anstieg der Infektionszahlen. Wird in der Antwort der Regierung nur noch von vereinzelt Neuinfectionen gesprochen, so seien es unterdessen im Siebentageschnitt klar und regelmässig über zehn Neuinfectionen pro Tag. «Es soll kein Grund zur Panik sein. Aber wir müssen in aller Nüchternheit feststellen, dass wir vermutlich schon jetzt den Beginn der zweiten Welle erleben.»

Namens seiner Fraktion ruft Warzinek dazu auf, die Lagerhaltung von Schutzmaterial aufzustocken. «Wir alle sind gesetzlich dazu verpflichtet.» Auf-

wand und Kosten einer solchen Lagerhaltung könnten jedoch kleinere, private Anbieter im Gesundheitswesen überfordern. «Es ist daran zu erinnern,



«Lassen Sie sich diesen Herbst und Winter gegen Grippe impfen, sich selbst zuliebe aber auch im Sinne eines Dienstes an Ihren Mitmenschen.»

Thomas Warzinek
CVP-Kantonsrat, Mels

dass die Pandemie ein grosses gesellschaftliches Problem ist, bei dem der Staat in einer speziellen Verantwortung steht. Es wäre falsch und schlicht nicht möglich von allen Gesundheitsfachpersonen und kleinen Versorgungseinheiten zu erwarten, dass sie eine solche Lagerhaltung betreiben können.»

Zudem wirft der Kantonsrat einen Blick voraus. Und beteuert, dass die CVP-EVP-Fraktion den Aufruf der Regierung unterstütze, dass sich gerade das medizinische Personal diesen Winter gegen Grippe impfen lassen sollte. «Denn ein gleichzeitiges Auftreten einer Grippewelle mit einer zweiten Pandemiewelle könnte eine besondere Belastung des Gesundheitswesens darstellen, nicht zuletzt durch den Krankheitsausfall des medizinischen Personals.» So schliesse sich auch Warzinek persönlich dem Aufruf an: «Lassen Sie sich diesen Herbst und Winter gegen Grippe impfen, sich selbst zuliebe aber auch im Sinne eines Dienstes an Ihren Mitmenschen.» (mik)

Gestern im Kantonsrat:

Der St.Galler Kantonsrat hat am zweiten Tag der Septembersession:

- die Interpellation «Spitäler aus dem Spitalverbund entlassen - wirtschaftliche Selbständigkeit erhöhen» dringlich erklärt;
- in zweiter Lesung eine Vorlage zur finanziellen Unterstützung der Olma in der Coronakrise beraten;
- den Bericht «Perspektiven der St.Galler Landwirtschaft» diskutiert und dazu der Regierung mehrere Aufträge erteilt;
- den Wirksamkeitsbericht 2020 zum Finanzausgleich diskutiert und der Regierung einen Auftrag erteilt;
- in erster Lesung einen Nachtrag zum Gemeindegesetz beraten. Die Gemeinden werden verpflichtet, die Löhne der vom Volk gewählten Behördenmitglieder zu veröffentlichen. (sda)